

**Dramatische Situation der Lehrenden an der VHS Hamburg:
„Mehr als 50 Prozent denken über einen Ausstieg nach!“**

Die GEW Hamburg hat im Rahmen einer Veranstaltung am 4. Februar 2025 die Ergebnisse einer wissenschaftlichen Befragung von Lehrenden an der Hamburger Volkshochschule zu ihrer Situation als arbeitnehmerähnliche Honorarkräfte vorgestellt. Die Befragung wurde organisatorisch von der Universität Gießen und wissenschaftlich von der Fernuniversität Hagen (Prof. Dr. Julia Schütz) begleitet.

Die wichtigsten Infos in Kürze:

Beteiligung an der Befragung:	81 %
Keine Bezahlung der Vor- und Nachbereitungszeit des Unterrichts. Die Folge: 40,6 % der geleisteten Arbeit wird nicht bezahlt	
Honorar monatlich brutto:	2818 €
Honorar monatlich netto:	1796 €
Rücklagenbildung für Krankheit, Auftragsausfall und besondere Belastungen nicht möglich bei	74 %

Weitere Themen:

Eine hohe Arbeitsunzufriedenheit der arbeitnehmerähnlichen Lehrkräfte an der VHS Hamburg lässt sich anhand dieser Befragungsergebnisse feststellen. Vor allem die mangelnde soziale Absicherung, zu niedrige Honorarsätze, Stress und der hohe Anteil unbezahlter Arbeit wurden massiv kritisiert. Mehr als 50 % der Befragten denken über einen Wechsel in einen anderen Berufszweig nach.

Problematischer Hintergrund ist die derzeit völlig unsichere Finanzierung der Sprach- und Integrationskurse durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, in denen viele VHS-Kursleitende tätig sind. Dies führt zu einer enormen Verunsicherung bei Lernenden und Lehrenden auf allen Ebenen. Lehrkräfte, Hamburger Politiker*innen, der DGB Hamburg und der Arbeitgeberverband BBB forderten hier einhellig vom Bund Klarheit und eine auskömmliche Finanzierung.

Die bildungspolitischen Sprecher*innen von SPD, Grünen, CDU und Linken stellten am 04.02.25 übereinstimmend fest, dass die Verbesserung der Arbeitsbedingungen für die Hamburger Erwachsenenbildungsbranche eine Aufgabe des kommenden Senats für die nächste Legislaturperiode sei. Die Vertreter der derzeitigen rot-grünen Regierungskoalition sagten dabei zu, in der nächsten Legislaturperiode ein Weiterbildungsgesetz und ein Hamburger Tariftreugesetz auf den Weg zu bringen. Dies wurde auch von den Oppositionsfraktionen unterstützt.

Dazu der **Landesvorsitzende der GEW Hamburg, Sven Quiring**: „So kann es nicht weitergehen. Diese Umfrageergebnisse sind besorgniserregend. Jetzt muss schnell gehandelt werden. Denn Kolleg*innen, die jetzt die Branche verlassen, kommen nicht wieder und fehlen bei der Integration. Zentral ist für uns bei den arbeitnehmerähnlichen Lehrenden die Honorarfortzahlung im Krankheitsfall. Es kann nicht sein, dass Lehrende krank zur Arbeit gehen müssen, weil sie es sich nicht leisten können, sich zu Hause auszukurieren. Außerdem brauchen wir ein Hamburger Tariftreugesetz, das auch die Erwachsenenbildung einbezieht. Die Hamburger Politik muss sich dringend für eine verlässliche Finanzierung der Sprach- und Integrationskurse auch auf Bundesebene einsetzen!“

Die wichtigsten Daten der Befragung entnehmen Sie bitte der angehängten Datei.